

Der Wahlkreisbrief

Neues aus dem Wahlkreis 23 1 / 2017

Danny Eichelbaum sendet Ihnen den Wahlkreisbrief zu seiner Arbeit als Abgeordneter im Landtag Brandenburg

Inhalt

Neues aus dem Wahlkreis

Nachrichten aus dem Landkreis Teltow-Fläming

Aktuelle Themen aus dem Landtag



Neues aus dem Wahlkreis

Berkenbrück: Hoffnung für Radweg zwischen Berkenbrück und Luckenwalde

Bis zum Ende des ersten Halbjahres soll entschieden sein, ob der Radweg entlang der L 73 von Luckenwalde nach Berkenbrück gebaut wird. Der Ausschuss für Infrastruktur und Landesplanung des Landtages Brandenburg beschäftigte sich auf Antrag der CDU-Fraktion mit dem Bau des Radweges zwischen Berkenbrück und Luckenwalde. An der Sitzung nahmen auch Bürger aus Nuthe-Urstromtal teil, die sich seit Jahren den Radweg entlang der viel befahrenen L73 wünschen. Seit 20 Jahren kämpft die Gemeinde Nuthe-Urstromtal für den Radwegbau.

Auch der Kreis unterstützt das Vorhaben. Eine Bürgerinitiative sammelte 2000 Unterschriften. Bürgermeisterin Monika Nestler (Linke) hatte dem Land vorgeworfen, den Bau des Radweges zu verhindern. Diese Aussage dementierte Brandenburgs Verkehrsministerin Kathrin Schneider (SPD) in der Ausschusssitzung. Abteilungsleiter Egbert Neumann teilte mit, dass das Land zwei Varianten der Förderung des Radwegebaues von Berkenbrück nach Luckenwalde prüft. Zum einen den Bau als straßenbegleitenden Radweg an der L73, zum anderen eine finanzielle Förderung im Rahmen des Stadt-Umland-Wettbewerbes. Voraussetzung dafür ist der Nachweis, dass der Radweg zu einer CO2-Reduzierung beiträgt und die Mobilität verbessert. Grundsätzlich sei der Bau des Radweges förderungsfähig.

Die Prüfung soll bis Ende Juni 2017 abgeschlossen sein. "Das ist ein Schritt in die richtige Richtung. Ich freue mich, dass sich das Land kooperativ zeigt und konstruktiv die Förderung dieses für die Region wichtigen Radweges prüft", sagte der CDU-Landtagsabgeordnete Danny Eichelbaum. "Die Gemeinde Nuthe-Urstromtal kann dieses Vorhaben finanziell nicht allein stemmen. Alle Beteiligten sind aufgefordert, ihre Hausaufgaben zu machen."

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 26.03.2017



17.03.2017 Verabschiedung der Ortsvorsteherin von Gröben Stefanie Heyden

Radweg wird Thema im Landtag

Der Radweg von Luckenwalde nach Berkenbrück wird nun auch den Landtag beschäftigen. Der Landtagsausschuss für Infrastruktur und Landesplanung befasst sich am 23. März damit, teilt Ausschussvorsitzender Danny Eichelbaum (CDU) mit. "Ich erwarte von Verkehrsministerin Kathrin Schneider (SPD) in der Sitzung eine Auskunft darüber, ob und unter welchen Voraussetzungen der Radweg geplant und gebaut werden kann", so Eichelbaum. Die Landesregierung könne nicht ignorieren, dass die Gemeinde Nuthe- Urstromtal seit 20 Jahren für den Radweg kämpft. "2000 Unterschriften sprechen eine eindeutige Sprache. Radwege haben gerade im ländlichen Raum eine große touristische Bedeutung. Außerdem wird die Verkehrssicherheit erhöht", fügt Eichelbaum hinzu.

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 16.03.2017

Danny Eichelbaum dankt den Frauen!

Zum Internationalen Frauentag

Ludwigsfelde. Diese Woche jährt sich der Internationale Frauentag zum 106. Mal. Vieles hat sich in dieser Zeit zu Gunsten von Gleichberechtigung und Frauenrechten verändert. „Dennoch ist es auch weiterhin erforderlich, sich für die Interessen und Rechte von Frauen und Familien einzusetzen“ so der CDU-Landtagsabgeordnete Danny Eichelbaum. Die CDU hat maßgeblich zur Einführung der Mütterrente beigetragen. Auch das Elterngeld Plus trägt zu einer größeren Flexibilisierung von Familien- und Berufszeiten bei. Gegenwärtig wird das Gesetz zu Auskunftsrechten und Lohntransparenz mit Ziel des Abbaus von Lohnlücken zwischen Frauen und Männern von der Bundesregierung umgesetzt. Von besonderer Bedeutung für Frauen ist daneben der Rechtsanspruch auf Rückkehr in die Vollzeit nach einer befristeten Teilzeitbeschäftigung. "Heute ist der Tag, um allen Frauen Danke zu sagen!" Auf dem Wochenmarkt in Ludwigsfelde überreichte Danny Eichelbaum am Internationalen Frauentag den Frauen Rosen und Schokolade als kleine Geste des Dankes!



Quelle: Blickpunkt, 08.03.2017

Ermittlung zu SEK-Einsatz eingestellt - Staatsanwalt sieht Falschaussagen der Betroffenen - Kreis beschwert sich bei Generalstaatsanwalt

Das Vorgehen des Polizei-Sondereinsatzkommandos (SEK) am 2. Oktober in einer Ludwigsfelder Asylunterkunft mit Blendgranate und körperlicher Gewalt bleibt für die acht Beamten ohne Folge. Die Staatsanwaltschaft Potsdam stellte die Ermittlungen dazu ein, das sagte Sprecher Christoph Lange auf MAZ-Nachfrage. Gegen diesen Einsatz hatte es eine polizeiinterne Anzeige sowie Anzeigen vom Evangelischen Jugendwerk TF, dem Träger der Unterkunft, und vom Jugendamt Teltow-Fläming wegen Körperverletzung, Freiheitsberaubung und Sachbeschädigung gegeben.

Augenzeugen hatten das Vorgehen der Männer an der Brandenburgischen Straße als "rambomäßig" bezeichnet. Sie suchten einen Mörder. Ein verdächtiger 17-Jähriger aus Gambia war in die Unterkunft für minderjährige allein reisende Asylbewerber geflüchtet, in ein Zimmer zu fünf, teils 14 Jahre alten Mitbewohnern. Zuvor soll der Schwarzafrikaner im Streit einen 18 Jahre alten Afghanen erstochen haben. Staatsanwalt Lange sagt: "Es gab keinen hinreichenden Tatverdacht zu irgendwelchen Straftaten. Die vernommenen Jugendlichen haben nachweislich falsch ausgesagt." Es ging um Schläge mit einem Gewehrkolben ins Gesicht, Tritte in den Rücken und zertretene Handys. Polizeisprecher Torsten Herbst sagte, nach Abschluss der polizeilichen Ermittlungen vom Landeskriminalamt, Kriminalkommissariat Amtsdelikte, sei das Verfahren an die Staatsanwaltschaft Potsdam gegeben worden. "Dort erfolgte die Einstellung des Verfahrens", so Herbst. Diese Einstellung überrascht das Kreis- Jugendamt und den Träger der Unterkunft.

Für den Kreis TF erklärt dessen 1. Beigeordnete Kirsten Gurke: "Aus Sicht des Kreises TF sind im Verfahren nicht alle Sachverhalte im Interesse der betroffenen Jugendlichen ausreichend beleuchtet worden. Deshalb wurde im Namen der minderjährigen Mündel gegen die Einstellung der Verfahren Beschwerde beim Generalstaatsanwalt des Landes Brandenburg eingelegt." Das Evangelische Jugendwerk fordert nun Akteneinsicht bei der Staatsanwaltschaft, vor allem wegen der Einstellungsbegründung. Jugendwerk-Leiterin Ria von Schrötter hatte lange gezögert, Anzeige gegen den Polizeieinsatz zu erstatten. Jetzt sagt sie: "Wir wollen die Verfahrenseinstellung nachvollziehen können." Nicht erledigt ist der SEK-Einsatz auch für den Landtagsabgeordneten Danny Eichelbaum (CDU).

Der Jurist vertritt den Wahlkreis, zu dem Ludwigsfelde gehört, ist rechtspolitischer Sprecher der Fraktion und stellvertretender Vorsitzender des Rechtsausschusses. Dieses Gremium tagte am Donnerstag. Eichelbaum erfragte von Justizminister Stefan Ludwig (Linke) die Gründe der Verfahrenseinstellung. Ludwig erklärte, es habe nachweislich keine Misshandlungen gegeben, lediglich blaue Flecke. Die Verdachtsmomente seien unbegründet gewesen, das hätten sowohl die medizinischen Gutachten als auch die Zeugenbefragungen ergeben. Ludwig vermutet, es könnte Übersetzungsfehler gegeben haben, so Eichelbaum. Für den CDU-Mann bleiben "ganz viele Fragen offen". Vor allem verstehe er nicht: "Wie kommt es zu dem Widerspruch zwischen der Einschätzung der Sozialexperten vor Ort und den Worten des Ministers?" Eichelbaum sagt, ihm gehe es in erster Linie darum, dass auch SEK-Einsätze rechtskonform und verhältnismäßig seien. "Dafür muss in erster Linie das Innenministerium Sorge tragen", so der Politiker.

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 19.02.2017

CDU Fraktionsvorsitzender Gast der SHG Parkinson

Von der Bundesversammlung, der Wahl des neuen Bundespräsidenten, kam einer der Wahlmänner Ingo Senftleben, Fraktion- und Landesvorsitzender der CDU Brandenburg, direkt zu unserem Februar Gruppentreffen. Begleitet wurde er von Danny Eichelbaum, dem CDU Landtagsabgeordneten des Landkreises Teltow-Fläming. Die Gesundheits- und Sozialpolitik im Land Brandenburg war das Thema des Treffens. Hierzu hatten wir Ingo Senftleben um die Positionen der CDU gebeten. Nur zwei Punkte seiner Ausführungen seien hier genannt: 1. Der Antrag, alle Krankenhäuser im Land Brandenburg zu erhalten und 2. Studenten Arzt-Stipendien zu finanzieren, diese aber dazu zu verpflichten, dann auch im Land zu praktizieren. Danny Eichelbaum erläuterte auch die Bestrebungen, Ehrenamtliche stärker als bisher zu unterstützen. Natürlich wurde auch über die geplante Kreisgebietsreform der Landesregierung diskutiert, die bekanntlich von der CDU und weiten Teilen der Bevölkerung abgelehnt wird.

Viele Fragen aus der Gruppe wurden anschließend diskutiert, z.B. auch die unterschiedliche Bezahlung des Personals in Pflegeheimen und Krankenhäusern, der Zeitaufwand für die Pflege, die Höhe der Erwerbsunfähigkeitsrente und die Weiterbeschäftigung von chronisch Erkrankten.

Zum Besuch des Bundesgesundheitsministers Herrmann Gröhe am 06. Juni d.J. in Brandenburg wurden wir schon jetzt von Ingo Senftleben eingeladen.

Zuvor hatte der Gruppensprecher den Gästen aus der Politik mitgeteilt, dass die Regionalgruppe Parkinson Ludwigsfelde bereits seit 1999 besteht, inzwischen über 50 Mitglieder aus Ludwigsfelde, Zossen, Trebbin, Luckenwalde, Jüterbog, Blankenfelde-Mahlow, Mittenwalde, Großbeeren und Teltow hat.

Quelle: Pressemitteilung der Selbsthilfegruppe Parkinson in Ludwigsfelde, 14.02.2017



27.01.2017 Neujahrsempfang der Stadt
Ludwigsfelde

12.01.2017 Besuch von Coca-Cola in Genshagen



Nachrichten aus dem Landkreis Teltow-Fläming

Schneller, öfter und direkter

CDU-Landtagsfraktion stellt ihr Konzept des Personennahverkehrs auf Schienen in Luckenwalde vor

Die Studie haben ausgewiesene Experten erstellt. In Auftrag gegeben hat sie die CDU-Fraktion im brandenburgischen Landtag. Ihre Zielvorgabe war: 30-60-90. Das steht für 30 Minuten mit dem Zug im Vor-Ort-Verkehr bis zum Stadtzentrum von Berlin, in 60 Minuten von allen Ober- und Mittelzentren bis nach Berlin und in 90 Minuten von allen Mittelzentren am Rande Brandenburgs bis in die Bundeshauptstadt. "Das sind klare und anspruchsvolle Ziele statt hohler Phrasen", sagte am Montagabend Rainer Genilke, verkehrspolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, im Kreistagssaal des Luckenwalder Kreishauses.



Zu dieser Informationsveranstaltung zur Verkehrspolitik hatte der CDU-Kreisvorsitzende Danny Eichelbaum eingeladen, der als Landtagsabgeordneter auch Vorsitzender des Ausschusses für Infrastruktur und Landesplanung ist.

Als "Phrasen" bezeichnet Genilke die nur allgemein formulierten Vorgaben des Landesentwicklungsplans, des Landesnahverkehrsplans und des Entwurfs der Mobilitätsstrategie 2030 des Landes. Die Planungen Brandenburgs seien bisher weder konkret noch anspruchsvoll, heißt es im Gutachten.

Mit der von der CDU vorgelegten Entwicklungsstrategie für den Schienenpersonennahverkehr (SPNV) in Berlin und Brandenburg unterm Titel "Zug um Zug besser verbunden" soll alles besser werden, weil die Züge schneller, öfter und direkter fahren sollen. Das heißt: Mit dem Einsatz von Metropolexpress-Zügen (MX) und Regionalexpress-Zügen (RX) soll die Fahrzeit dank wegfallender Umsteigezwänge von 160 Brandenburger Bahnhöfen nach Berlin und von 52 Bahnhöfen nach Potsdam verringert werden; es sollen von 151 beziehungsweise 75 Bahnhöfen mehr Züge auf den Strecken und mehr Direktverbindungen angeboten werden.

Bezogen auf den Landkreis Teltow-Fläming würde das auf der Anhalter Bahn bedeuten, dass der Metropolexpress alle 60 Minuten von und bis Jüterbog fährt und alle 30 Minuten den Streckenabschnitt zwischen Ludwigsfelde und Berlin bedient und dabei an allen Bahnhöfen hält, während der Regionalexpress (RX) aus Bad Liebenwerda alle 60 Minuten fährt, dabei an allen Bahnhöfen südlich von Jüterbog hält und dann nur noch in Jüterbog, Luckenwalde, Trebbin und Ludwigsfelde, anschließend aber erst wieder in Berlin-Südkreuz, am Potsdamer Platz und am Hauptbahnhof. An der Dresdner Bahn würden nach den CDU-Vorstellungen künftig drei (bisher zwei) Züge von Wünsdorf-Waldstadt und Zossen Richtung Berlin fahren. Davon zwei MX-Linien

und eine RXLinie, welche auch die Bahnhöfe Golßen, Klasdorf, Baruth und Neuhof einmal die Stunde bedient. Von Dabendorf und Dahlewitz würden zwei Züge pro Stunde ins Berliner Zentrum fahren.

Allerdings müsste anders geplant werden, wenn die S-Bahn bis nach Rangsdorf geführt werden sollte, was durchaus erwägenswert sei, so die Planer. Wichtig sind auch Querverbindungen zwischen den sternförmig auf Berlin zulaufenden Schienenstrecken. Dies soll durch Plus-Busse geschehen, die mit Bahnfahrzeiten abgestimmt werden. Dies betrifft etwa die Verbindung Ludwigsfelde - Potsdam, über die auch Luckenwalde besser an die Landeshauptstadt angebunden werden soll.

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 29.03.2017

Wünsdorf - Endlich was auf den Weg bringen

Der vorhandene Rad- und Gehweg an der Bundesstraße 96 soll bis 2020 von Wünsdorf bis Neuhof weitergeführt werden. Das ist die aktuelle Auskunft von Landkreis und Landesbetrieb Straßenwesen. Der ehemalige Ortsvorsteher Dieter Jungbluth und der Stadtverordnete Rainer Zurawski trauen dem Frieden nicht.

Wünsdorf. Wann wird die Rad- und Gehweglücke an der Bundesstraße 96 zwischen Wünsdorf und Neuhof endlich geschlossen? Das möchten der ehemalige Wünsdorfer Ortsvorsteher Dieter Jungbluth und der in Neuhof lebende Stadtverordnete Rainer Zurawski (CDU) gerne wissen. Bis 2020 soll das Bauvorhaben laut Landrätin Kornelia Wehlan (Linke) und dem Landesbetrieb Straßenwesen Brandenburg (LS) über die Bühne gehen. An diesen Termin möchten Jungbluth und Zurawski noch nicht glauben.

Projekt wird seit 2008 verschoben

„Das Projekt wird seit 2008 immer wieder verschoben“, so Jungbluth. Es habe diverse Beratungen mit dem LS gegeben. Streitpunkt sei gewesen, dass alle Alleebäume gefällt werden sollten. „Das wollte die Untere Naturschutzbehörde nicht“. Eine von dieser Behörde favorisierte Trassenführung sei im Ortsbeirat und bei den Zossener Stadtverordneten auf Ablehnung gestoßen. Jungbluth zufolge sei die einzig mögliche, umweltschonende Variante, parallel zur B96 zu bauen.

Einwohner fragen, wann es weitergeht

„Seit der kombinierte Rad- und Gehweg bis in Höhe der Bäckerei Lehmann gebaut worden ist, fragen mich die Leute immer wieder, wann es weitergeht“, sagt Rainer Zurawski. Gegenüber der Bäckerei endet der Weg. Eine Verlängerung bis an die Neuhofer Bahnschranke brächte allen Verkehrsteilnehmern mehr Sicherheit. „Wenn die Schranke runter ist, stehen auf jeder Seite oft sechs, sieben Lkw“, so Zurawski. Wenn die Kraftwagen nach dem Öffnen losfahren, werde es für Radfahrer gefährlich.

„Pkw können an dieser kurvenreichen und hügeligen Stelle nicht motorisierte Verkehrsteilnehmer nur schwer überholen, was teils zu riskanten Manövern führt“, sagt der Landtagsabgeordnete Danny Eichelbaum (CDU). Er kennt die Probleme mit den Planungen für den Fuß- und Radweg. „Bürger sind deshalb an mich herangetreten.“

Projektliste liegt im Ministerium

Eichelbaum wandte sich deswegen an Landrätin Kornelia Wehlan. Bei der Überarbeitung der Radwegbedarfslisten an Bundesstraßen 2016 sei dem Bau dieses Weges vom Landesbetrieb Straßenwesen eine hohe Priorität beigemessen worden. Das Projekt sei hier als einzige Maßnahme für den Landkreis Teltow-Fläming in die Kategorie „Indisponible Maßnahmen“ im Zeitraum 2016 bis 2020 eingeordnet worden. Laut Landesbetrieb für Straßenwesen habe man den überarbeiteten Entwurf der Radwegebedarfsliste im Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung zur Bestätigung eingereicht.

Weg wird hinter den Alleebäumen verlaufen

Das bestätigte LS-Pressesprecherin Cornelia Mitschka der MAZ auf Nachfrage. „Der Weg wird straßennah hinter den Alleebäumen möglichst unter Nutzung des vorhandenen Dammkörpers in Höhe der vorhandenen Fahrbahn westlich der B96 verlaufen“, so Mitschka. Zum genauen Baubeginn für den rund 580 Meter langen und etwa 500000 Euro teuren Weg sei noch keine Aussage möglich. Alles hänge davon ab, ob ein umfangreiches Planfeststellungsverfahren durchgeführt werden müsse. Aktuell laufe die Erstellung des landschaftspflegerischen Begleitplans. Nach Vorlage dieses Plans würden die Unterlagen für die erneute Beteiligung der Träger öffentlicher Belange (unter anderem die Untere Naturschutzbehörde) zusammengestellt und anschließend zur Stellungnahme übergeben.

Wahrscheinlich wird der Geh- und Radweg nicht bis zur Schranke geführt. Der Bahnübergang Neuhof wird im Zuge des Ausbaus der nach Dresden führenden Bahnstrecke für Tempo 160 geschlossen. Der Verkehr wird dann über eine Brücke mit Radweg fließen, welche die B96 und die Bahnschienen überquert.

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 14.03.2017



25.03.2017 Arbeitseinsatz am Bahnhof in Jüterbog

Kreistag von Teltow-Fläming votiert für Eigenständigkeit des Landkreises

Danny Eichelbaum: Kreistag zeigt Selbstbewusstsein und setzt ein starkes Zeichen in Richtung Landesregierung

Spannung lag in der Luft, als es im Kreistag Teltow-Fläming am Montagabend nach einer sachlichen Debatte über das Pro- und Contra der geplanten Kreisgebietsreform zur Abstimmung der Änderungsanträge der Fraktionen kam. Erster Aufschlag: der gemeinsame Antrag von SPD, Linke und CDU zum Erhalt der Eigenständigkeit des Landkreises Teltow-Fläming wurde einstimmig angenommen. Zweiter Aufschlag: Der CDU-Antrag, der den gesamten Gesetzentwurf der Landesregierung und Zwangsfusionen von Landkreisen und kreisangehörigen Städten ablehnte, wurde mit 28 Ja-Stimmen und 14 Neinstimmen angenommen. Die Befürworter des CDU-Antrages kamen aus allen Fraktionen, auch einzelne SPD-Abgeordnete und Landrätin Kornelia Wehlan (Linke) votierten für den CDU-Antrag. In ihrem Antrag verwiesen die Christdemokraten auf die 130.000 Unterschriften, die die Volksinitiative "Kreisreform stoppen" im Land gesammelt hat, allein 4000 Bürgerinnen und Bürger aus Teltow-Fläming unterschrieben die Volksinitiative. "In den geplanten riesigen Grosskreisen wird Politik bürgerferne, der Weg zu Arbeitsplätzen und Behörden länger und mehrere Hundert Millionen Euro werden zu Anpassungskosten verbrannt, obwohl es keine Einspareffekte gibt.", so heißt es in dem Antrag. Der Luckenwalder Abgeordnete Sven Petke verwies in der Debatte u.a. darauf, dass bei einer Zwangsfusion mit dem Landkreis Dahme-Spreewald die Anzahl der Kreistagsabgeordneten von 112 auf 63 reduziert werden würde. Fraglich wäre auch, ob Entscheidungen, wie der Ausbau der B 101 oder der Bau der Flämingskate in einem solchen Großkreis überhaupt möglich gewesen wären.

CDU-Fraktionsvorsitzender Danny Eichelbaum sagte nach der Kreistagsdebatte: "Der Kreistag hat heute Selbstbewusstsein gezeigt und ein starkes Zeichen in Richtung Landesregierung gesetzt. Die Kreistagsabgeordneten haben sich heute nicht von parteipolitischen Interessen, sondern vom Willen der Bürgerinnen und Bürger leiten lassen!"

Quelle: Pressemitteilung, 21.02.2017



15.03.2017 1.Spatenstich L792
Mahlow

Volksinitiative gegen Kreisgebietsreform war in Teltow-Fläming sehr erfolgreich - CDU sammelte allein über 4000 Unterschriften

Danny Eichelbaum: Landesregierung aus SPD und Linke muss Kreisgebietsreform stoppen

Sehr erfolgreich war nach Aussage von CDU-Kreischef Danny Eichelbaum die Volksinitiative gegen die Kreisgebietsreform im Landkreis Teltow-Fläming. Vor ca. 100 Tagen startete die CDU mit ihrem CDU-Landesvorsitzenden Ingo Senftleben und der stellvertretenden CDU-Bundesvorsitzenden Julia Klöckner die Unterschriftenaktion in Ludwigsfelde. Unterstützt wurde die Volksinitiative im Landkreis von einem breiten politischen Bündnis, u.a. von der CDU, der FDP, den Freien Wählern, aber auch Wählerorganisationen, wie z.B. „Für Jüterbog“. Viele Bürgerinnen und Bürger haben sich in allen Gemeinden des Landkreises Teltow-Fläming an den Unterschriftenaktionen beteiligt. Allein die CDU sammelte über 4000 Unterschriften im Teltow-Fläming.

Bereits 2015 hat sich die Kreis-CDU mit einem Parteitagsbeschluss für die Eigenständigkeit des Landkreises Teltow-Fläming ausgesprochen, auf Initiative der Union fasste auch der Kreistag ein eindeutiges Votum für den Erhalt der Eigenständigkeit des Kreises. Nach dem Auszählen sollen die Unterschriften aus dem gesamten Land am 14. Februar 2017 der Präsidentin des Landtages in Potsdam übergeben werden. Unser Dank gilt den vielen ehrenamtlichen Helfern, aber auch den zahlreichen Unternehmerinnen und Unternehmern im Kreis, die die Unterschriftenlisten in ihren Geschäften und Betrieben auslegten.



Das Echo der Bürger war überwältigend! Danny Eichelbaum hofft nun auf ein Umdenken von SPD und Linken in Potsdam. Ein so klares und eindeutiges Votum der Bürger darf von der Landesregierung nicht einfach negiert werden. Wir fordern die Landesregierung auf, die Kreisgebietsreform zu stoppen.

Teltow-Fläming ist ein wirtschafts-und einwohnerstarker Landkreis und wir wollen die Bürgernähe der Verwaltung erhalten.

Kreisgebietsreformen und das zeigen die letzten Reformen in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern haben noch nie zu Kosteneinsparungen geführt, im Gegenteil mit der Bildung dieser Riesenkreise lähmen wir die Verwaltungen, die dann nur noch mit sich selbst beschäftigt sind, die Politikverdrossenheit steigt und die ehrenamtliche Arbeit der Kreistagsabgeordneten wird aufgrund von langen Fahrtwegen erschwert. Kooperationen und nicht Zwangsfusionen sind das Gebot der Stunde!, so Danny Eichelbaum abschließend.

Quelle: www.blickpunkt.de, 08.02.2017

"Wir haben verstanden, aus Fehlern zu lernen"

Die CDU-Chefs von Dahme-Spreewald und Teltow-Fläming, Björn Lakenmacher und Danny Eichelbaum, über Populismus, Strategien und die Kreisreform

Danny Eichelbaum (Teltow-Fläming) und Björn Lakenmacher (Dahme-Spreewald) sind die Kreisvorsitzenden ihrer Partei und vertreten die Region auch als Abgeordnete im Landtag.

Herr Eichelbaum, Herr Lakenmacher, im Bund ist die CDU seit langem stärkste Kraft. In Brandenburg, in LDS und TF hat es dagegen bisher nur zum kleinen Koalitionspartner gereicht. Wie wollen Sie das ändern?

Björn Lakenmacher: Die CDU ist die einzige Volkspartei der Mitte und wir haben auch in Brandenburg den Anspruch, Politik in Regierungsverantwortung zu gestalten. Die Brandenburger haben uns das in der Vergangenheit nicht immer zugetraut, wir waren daran sicher nicht ganz unschuldig. Wir haben aber verstanden, aus Fehlern zu lernen. Wir machen seit Jahren pragmatische Oppositionspolitik im Landtag. Wir haben schon viel Vertrauen zurückgewinnen können und werden diesen Kurs auch konsequent fortsetzen.

Danny Eichelbaum: Auch wir profitieren von der guten Arbeit der unionsgeführten Bundesregierung. Im Land und im Kreis greifen wir die Themen auf, die die Menschen bewegen. Wir setzen uns für eine bessere Kriminalitätsbekämpfung, weniger Unterrichtsausfall in Schulen, mehr Bahn- und Busangebote sowie den Ausbau der Breitbandversorgung ein.

Was ist Ihr Rezept gegen den massiven Imageverlust der Parteien?

Eichelbaum: Wir müssen den Menschen besser zuhören. Wir brauchen weniger Lautsprecher und Wichtigtuer in der Politik, sondern müssen mehr auf die Bürger zugehen, ihre Sorgen und Nöte anhören und verstehen. Viele Debatten, die in Berlin oder Potsdam als wichtig empfunden werden, interessieren die Bürger kaum.

Lakenmacher: Die Politik darf sich nicht so sehr mit sich selbst beschäftigen. Wir müssen uns auf die Herausforderungen unserer Zeit konzentrieren und gemeinsam mit den Bürgern an Lösungen arbeiten, die allen helfen und keinen auf der Strecke lassen. Wir erleben aber derzeit in ganz Europa den massiven Versuch, die gesamte Gesellschaft zu verunsichern. Das betrifft nicht nur Parteien - auch die Medien und staatliche Institutionen werden mit regelrechter Propaganda gezielt diskreditiert. Die sozialen Netzwerke werden mit Falschnachrichten geflutet, und am linken und rechten Rand werden bewusst Ängste geschürt, wird mit Hetze Stimmung gemacht. Da kommt es nicht nur auf die Parteien, sondern auf uns alle an, dieser Gefahr für den sozialen Frieden entschieden entgegenzutreten.

Ist die CDU-geführte Kampagne gegen die Kreisreform aber nicht auch sehr nahe am Populismus?

Lakenmacher: Das sehe ich nicht so. Die gesamte kommunale Familie, namhafte Wissenschaftler und vor allem über siebzig Prozent der Brandenburger lehnen die Reform ab. Das zu unterstützen ist vielleicht populär, hat aber mit Populismus nichts zu tun. Wir haben schon 2015 nachgewiesen, dass man eine Reform der Verwaltung anders und besser angehen kann. SPD und Linke sind aber nicht an einer Verbesserung interessiert. Nachdem alle parlamentarischen Möglichkeiten ausgeschöpft sind, bleibt nur der Weg des Volksentscheides, um die Reform zu verhindern.

Eichelbaum: Die Landesregierung will trotz massiver Kritik die Reform durchboxen. Die Folge wären Kosten von mehreren hundert Millionen Euro, weite Wege, Politikverdrossenheit und der Verlust von regionaler Identität. Wir kämpfen weiter für die Eigenständigkeit von Teltow-Fläming.

Wie schätzen Sie den Stand der CDU in ihrem Landkreis ein?

Eichelbaum: Die CDU-TF ist eine schlagkräftige Partei mit einer starken kommunalpolitischen Verankerung. Wir sind für die Menschen da. Auf uns kann man sich verlassen. Wir arbeiten konstruktiv an der Lösung der Zukunftsaufgaben im Kreis mit.

Lakenmacher: Mit unseren Bürgermeistern, unseren Ortsvorstehern, unseren ehrenamtlichen kommunalen Vertretern im Kreistag, in den Gemeinden und Städten arbeiten wir täglich mit Freude für unseren Landkreis. Durch unsere Bundestagsabgeordnete Jana Schimke und mich selbst sind wir auch in der Bundes- und Landespolitik bestens vertreten und gut vernetzt.

Was ist Ihre Strategie im Wahljahr, was sind Ihre Ziele?

Eichelbaum: Mit Dietlind Tiemann, Jana Schimke und Saskia Ludwig setzen wir in allen drei Wahlkreisen der Region auf Sieg. Wir wollen, dass die Bürger sicher leben können und die Unternehmen gute Rahmenbedingungen haben. Unsere Ziele sind Wohlstand, Arbeit und soziale Sicherheit für alle.

Lakenmacher: Unser Landesvorsitzender Ingo Senftleben hat angekündigt, dass es von der CDU keinen Koalitionswahlkampf, sondern einen Positionswahlkampf geben wird. Es wird ein Wahlkampf, für den man vor allem bequeme Schuhe braucht, weil wir viel unterwegs sein werden. Wir werden entschieden für unsere Überzeugungen, Werte und Positionen eintreten, und das in der deutlichen Abgrenzung nach links und rechts.

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 07.02.2017

Retten des Wildparkes Johannismühle - Eine gute Nachricht für die gesamte Region

Baruth. Der Wildpark Johannismühle ist gerettet - das Ringen um eine gemeinsame Lösung hat sich gelohnt! Hierzu erklärt der CDU-Landtagsabgeordnete Danny Eichelbaum: "Das Ringen um eine für alle Seiten vertretbare Lösung hat sich gelohnt. Der Wildpark Johannismühle wird auch weiterhin den Natur- und Tierfreunden in unserer Region erhalten bleiben und das ist eine gute Nachricht für Baruth und Teltow-Fläming. Der fast einjährige Kampf und die umfangreichen Gespräche mit den Beteiligten auf allen Ebenen waren erfolgreich. Die Vernunft hat sich durchgesetzt. Es wäre nicht vermittelbar gewesen, dass diese wichtige überregionale Attraktion aufgrund der finanziellen Belastungen durch die geforderte Waldumwandlung in Existenznot geraten wäre.

Quelle: Blickpunkt, 01.02.2017



20.02.2017 Ernennung von Gerd Heine
zum Ehrenkreisbrandmeister



16.02.2017 Treffen mit den ehemaligen
Abgeordneten des Kreistages Teltow-
Fläming in Luckenwalde

13.02.2017 Eröffnung der Ausstellung
Verordnete Freundschaft über die
sowjetische Besatzung von 1945-1994 mit
der ehemaligen DDR-Bürgerrechtlerin Freya
Klier in Luckenwalde



10.02.2017 Vor-Ort Termin mit der
CDU-Baruth

Christdemokraten für einen konsequenten Kurs - CDU des Landkreises Teltow-Fläming trifft sich zum Neujahrsempfang in Mahlow

"Europa hängt wie ein schlaffer Sack in der Kurve einer geopolitischen Achterbahnfahrt", sagte Danny Eichelbaum, Kreis- und Landtagsabgeordneter der CDU. Die Christdemokraten aus Teltow-Fläming hatten am Sonnabend in Mahlow zum Neujahrsempfang geladen. Eichelbaum blickte in seiner Rede kritisch auf das vergangene Jahr zurück. Er analysierte das politische Weltgeschehen und seine Auswirkungen. "Kriege vor der Haustür Europas zwingen die Menschen zur Flucht, in Aleppo sah die Weltgemeinschaft hilflos zu, wie die Zivilbevölkerung abgeschlachtet wurde." 2016 sei das Jahr gewesen, in dem die Welt aus den Fugen des Gewohnten geraten sei. Die Aufgaben des Staates sieht er in der Verbesserung der Sicherheitspolitik: "An den Grenzen und im Land."



Er kritisiert die Maßnahmen der Landesregierung in Bezug auf die zunehmenden Einbrüche in Brandenburg. Er fordert mehr Polizeipräsenz auf der Straße und mehr Befugnisse für Sicherheitsbehörden. Die Zentralisierung der Polizeiarbeit hält er für einen Fehler. Positiv betrachtet Eichelbaum die wirtschaftliche Entwicklung in Teltow-Fläming. Nach seinen Angaben wuchsen die Beschäftigtenzahlen zwischen 2008 und 2015 um 12,3 Prozent. Die Quote der Erwerbslosen sank von 10,5 auf 6 Prozent. Zudem sei die Anzahl der Handwerksbetriebe im Jahr 2016 mit 2703 Betrieben kreisweit auf Rekordniveau. Aufgrund des Haushaltsüberschusses des Landkreises, der damit seit 2004 erstmals wieder ausgeglichen ist, forderte Eichelbaum eine Senkung der Kreisumlage, um Kommunen zu entlasten. Von Zielen und der Arbeit als Opposition auf Landesebene bis hin zu der Arbeit im Bund skizzierte CDU-Bundestagsabgeordnete Jana Schimke die Legislaturperiode aus Sicht der Bundesfraktion.



Sie hob die Schnelligkeit hervor, mit der Gesetzesanpassungen im Asylrecht umgesetzt worden seien. Nun müssten noch Baustellen abgeräumt werden, sagte sie. Dazu gehöre, die Maghreb-Staaten als sichere Herkunftsländer zu definieren. Schimke sprach sich für Zusammenarbeit der internationalen Gemeinschaft aus, deren Bestehen sie in Gefahr sieht: "Wir sollten nicht kopflos agieren oder in eine Kampfrhetorik verfallen." Sie stellt sich darauf ein, dass bereits seit Jahren bestehende, internationale Beziehungen

neu ausgehandelt werden müssten. Auch Dietlind Tiemann, Bundestagskandidatin und Oberbürgermeisterin von Brandenburg an der Havel, sprach sich für einen konsequenten Kurs aus: "Wir dürfen uns nicht von links oder rechts schubsen lassen."

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 30.01.2017

Politik trifft Luftwaffe- Neujahrsempfang im Fliegerhorst

Holzdorf. Beim Neujahrsempfang der Luftwaffe im Fliegerhorst Holzdorf konnte Kommandeur Oberst Mario Herzer am Dienstagabend wieder viele Gäste begrüßen. Als Ehrengäste kamen u.a. der Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt, Dr. Reiner Haselhoff (CDU) und die beiden Brandenburger CDU-Landtagsabgeordneten Rainer Genilke und Danny Eichelbaum. Oberst Herzer lobte in seiner Ansprache vor allem die länderübergreifende Zusammenarbeit für den Bundeswehrstandort Holzdorf/Schönewalde. Im Fliegerhorst sind derzeit über 2000 Soldaten und Zivilbeschäftigte tätig. Er betonte, dass sich die Bundeswehrangehörigen in der Region sehr wohl fühlen. Bis 2018 plant die Bundeswehr am Standort Investitionen in Höhe von 32 Millionen Euro, wovon auch die Unternehmen der Region profitieren sollen. Kritik gab es aber am fehlenden Ausbau der südlichen B 101 bis nach Herzberg und der B 187, über 1000 Bundeswehrangehörige sind Pendler.



Quelle: Blickpunkt, 25.01.2017

BER-Eröffnungstermin wieder geplatzt - Eine unendliche Geschichte von Pleiten, Pech und Pannen

Hierzu erklärt der Vorsitzende der CDU-Kreistagsfraktion Teltow-Fläming und Landtagsabgeordnete, Danny Eichelbaum:

"Es ist peinlich und beschämend, dass nunmehr auch der nächste Eröffnungstermin geplatzt ist. Seit 25 Jahren warten die Bürger und die Unternehmen auf die Fertigstellung des größten Infrastrukturprojektes in der Region. Der Flughafen sollte wirtschaftliche Wachstumsimpulse in unserer Region erzeugen und zu einem Jobmotor werden. Stattdessen ist der BER zu einer unendlichen Geschichte von Pleiten, Pech und Pannen mutiert. Anscheinend haben Geschäftsführung, Planer und der Aufsichtsrat unter dem Vorsitz des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Michael Müller (SPD) jegliche Übersicht und Kontrolle über das finanziell explodierende Bauvorhaben verloren. Wer übernimmt für dieses Chaos die Verantwortung?"

Jetzt muss endlich Schluss sein mit der katastrophalen Informationspolitik.

Jetzt müssen endlich alle Fakten auf den Tisch! Insbesondere muss auch die Frage erörtert werden, ob die bisherigen Planungen überhaupt noch dem tatsächlichen Bedarf Rechnung tragen oder ob der Flughafen nicht jetzt schon viel zu klein für das wachsende Passagier- und Güteraufkommen in den nächsten Jahren ist.

Außerdem muss zum Schutz der Anwohner endlich das Schallschutzprogramm 1:1 umgesetzt werden. Es ist nicht nachvollziehbar, dass erst 117 Wohnungen die erforderlichen Schallschutzmaßnahmen erhalten haben und Anwohner die notwendigen Schallschutzmaßnahmen gerichtlich einklagen müssen." *Quelle: Pressemitteilung, 22.01.2017*

Aktuelle Themen aus dem Landtag

Verteilaktion zum „Tag gegen Rassismus“ am 21.März 2017

Heute, am „Tag gegen Rassismus“, haben wir gemeinsam mit der Aktion „Brandenburg zeigt Herz“ an einem Infostand im Potsdamer Hauptbahnhof Materialien und Äpfel verteilt. Hilfe beim Verteilen hatten wir von Danny Eichelbaum und Andreas Bernig (MdL), Ministerin Martina Münch und Minister Christian Görke, die Staatssekretärin Ulrike Gutheil, Melanie Ebell (Landesjugendring Brandenburg e.V.) und viele mehr.



Wir sind mit vielen Menschen ins Gespräch gekommen und konnten auch vermitteln, wer wir sind und wie wir arbeiten. Wir bedanken uns an dieser Stelle ganz herzlich bei der tollen Unterstützung durch „Brandenburg zeigt Herz“, den fleißigen Helfern und den vielen Menschen, die uns besucht haben!

Quelle: tolerantes.brandenburg.de, 21.03.2017

Die Praxis beweist: Kontrollen in Gerichten sind notwendig

Seit vier Jahren werden Richter, Staatsanwälte, Justizangestellte und Besucher in Brandenburg durch Sicherheitsschleusen vor Angriffen geschützt. Und die Kontrolleure wurden auch durchaus fündig.

Potsdam. An den Sicherheitsschleusen der brandenburgischen Gerichte sind im vergangenen Jahr bei Besuchern etwa 3200 gefährliche Gegenstände entdeckt worden. Das teilte das Justizministerium auf Anfrage mit. „Hauptsächlich handelte es sich um Gegenstände, die zweckentfremdet als Waffe eingesetzt werden könnten, wie etwa Taschenmesser“, sagte Ministeriumssprecher Uwe Krink. „Vereinzelt wurden auch verbotene Rauschmittel gefunden.“ Die Brandenburger Gerichte werden seit 2013 nach und nach mit Sicherheitsschleusen ausgerüstet, die den Kontrollstellen an Flughäfen ähneln.

Zuvor hatte es tödliche Vorfälle an mehreren deutschen Gerichten gegeben. So hatte im Januar 2012 ein 55-jähriger im Amtsgericht Dachau aus Hass auf die Justiz einen Staatsanwalt erschossen. Im Juli 2009 war eine junge Muslima am Dresdner Landgericht von einem Russlanddeutschen erstochen worden. Bislang wurden sieben Schleusen mit Gepäck-Röntengeräten an Amts- und Land- und an Sozialgerichten eingebaut. Hinzu kommen Detektorrahmen zur Personenkontrolle. Die Kosten summierten sich nach Angaben des Ministeriums bislang auf 3,1 Millionen Euro. Das Brandenburgische Oberlandesgericht wurde

bereits im Jahr 2009 mit einer Sicherheitsschleuse ausgerüstet. „Wir begrüßen die Ausrüstung mit Sicherheitsschleusen und hoffen, dass bald alle Gerichte damit ausgestattet sind“, sagte die Vorsitzende des Brandenburger Richterbundes, Claudia Odenbreit. Allerdings benötige man für die Kontrollen viel Personal.

„Daher brauchen wir für die Schleusen zusätzliche Justizwachtmeister, weil diese sonst für andere Aufgaben wie etwa die Vorführung von Angeklagten fehlen“, forderte Odenbreit. Die oppositionelle CDU-Fraktion im Landtag fordert zusätzlich mehr Befugnisse für die Justizwachtmeister. „Neben der Ausstattung mit Reizgas sollten die Justizwachtmeister auch polizeiliche Befugnisse erhalten“, sagte deren rechtspolitischer Sprecher Danny Eichelbaum. Außerdem sollten die Beamten nicht nur im Gerichtsgebäude, sondern auch in der unmittelbaren Umgebung gegen Störer tätig werden oder Fluchtversuche vereiteln können. „Das alles muss in einem Gesetz auf sichere rechtliche Grundlagen gestellt werden“, sagte Eichelbaum.

Quelle: Uckermark Kurier, 19.03.2017

Nachwuchselite der Ringer bei den Deutschen Juniorenmeisterschaften im Frankfurter Leistungszentrum

Ringen?! Warum ausgerechnet das? Mehr durch Zufall stieß ich bei den vielen Programmankündigungen für das vergangene Wochenende auf die Meisterschaften der Junioren-Ringer in Frankfurt. Was soll ich da?, fragte ich mich, doch dann siegte die Neugier. Ringen – habe ich noch nie gesehen Also auf nach Frankfurt an der Order in die Sporthallen des Konrad-Wachsmann-Oberstufenzentrums, das viele kennen dürften, die dort ihre Berufsausbildung hatten. Sportler aus allen Landesverbänden des Deutschen Ringerbundes fanden den Weg in unsere Region, um die Besten zu ermitteln und zwar wirklich aus ganz Deutschland, ich hörte fast jeden Dialekt, der bei uns gesprochen wurde. Warum Frankfurt (Oder)? Hier befindet sich der Sitz des Olympiastützpunktes Brandenburg.



In den Anlagen des Sportzentrums an der Stendaler Straße gibt es für Sportler hervorragende Bedingungen, um ihr Talent auf hohem Niveau zu entwickeln. Was viele nicht wissen: Das Leistungszentrum Frankfurt gehört im Ringkampfsport zu den besten in Deutschland und in Europa. Erfahrene Trainer, eine konsequent internationale Ausrichtung an der Weltspitze und die Kombination mit der Eliteschule des Sports und den Sportfördergruppen, ermöglichen eine Ausbildung in diesem

Sport auf höchstem Niveau, der zu Unrecht nur ein Schattensein fristet. Überrascht war ich von der schieren Menge der Kämpfer und der Zuschauer, die vor Ort waren und die jungen Athleten anfeuerten. Intensive Kämpfe und dabei ein stets fairer Umgang miteinander, das beeindruckte.

Mario Balzer, Chef des gastgebenden Vereins RSV Hansa 90 zeigte sich nicht überrascht: „Wir sind es hier gewohnt, ein fach- und sachkundiges Publikum vorzufinden.“

Der Verein und das Leistungszentrum haben eine lange Erfahrung in der Ausrichtung von hochklassigen Wettkämpfen auf internationalem Niveau. Sportler aus der ganzen Welt kommen gern zu uns.“ Zu Gast waren an diesem Wochenende auch der Präsident des Deutschen Ringerbundes, Manfred Werner, sowie weitere Mitglieder des Präsidiums und der Präsident des Brandenburgischen Ringerverbandes, Danny Eichelbaum. Eine besondere Ehre, wie mir Vertreter des Vereins zuraunten, das sei nicht immer selbst verständlich.

Die Qualität des Trainings am Olympiastützpunkt im Ringen zeigen auch die Ergebnisse der Sportler, die aus den Bundesländern Berlin, Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern hier ihre sportliche Heimat fanden. Gleich drei Deutsche Meister, ein Vizemeister sowie weitere dritte und vierte Plätze konnten die Sportler buchstäblich erkämpfen und das bei acht Gewichtsklassen. In jedem kleinen und großen Finale waren Ringer von hier dabei! Die Arbeit, die hier von allen Verantwortlichen geleistet wird, ist nicht nur für die Stadt Frankfurt gut, denn hier werden Talente aus allen Regionen gefördert. Es kann uns allen nur gut tun, denn so ein Olympiastützpunkt ist auch ein wichtiger Wirtschaftsstandort. Mein nächster Termin bei den Ringern steht schon fest: Am 14. und 15. Juli steigt der internationale Brandenburg-Cup mit den Nationalmannschaften aus halb Europa.

Quelle: Spreebote online, 17.03.2017

Lange Verfahren am Landgericht - CDU kritisiert Personalpolitik in Justiz

Potsdam - Vor kurzem noch lobten sie sich selbst. Brandenburgs Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD) und Vize- Regierungschef Christian Görke (Linke) bescheinigten dem Land, im Vorwärtsgang zu sein. Hin zu einem sozialeren Brandenburg. Was sie nicht erwähnten: An elementarer Stelle hapert es deutlich - bei den Kernaufgaben des Rechtsstaates. Denn wegen Personalmangels und der Einsparpolitik unter der seit 2009 regierenden rot-roten Koalition aus SPD und Linke dauern Strafverfahren immer länger. Inzwischen liegen sie landesweit deutlich über dem bundesweiten Durchschnitt. Der lag 2011 bei 6,4 Monaten, 2015 bei 7,3 Monaten. Nun musste Justizminister Stefan Ludwig (Linke) in einer Antwort auf die kleine Anfrage des CDU-Rechtsexperten Danny Eichelbaum zugeben: An Brandenburgs Landgerichten ist die Verfahrensdauer doppelt so hoch. Zum Beispiel in Cottbus: Im Jahr 2011 dauerte dort ein Verfahren 7,7 Monate, im Jahr 2015 waren es schon 13,9 Monate.

Noch verheerender ist die Lage am Landgericht Potsdam. Im 2011 rutschte es mit einer Verfahrensdauer von 5,9 Monaten sogar unter den Bundesdurchschnitt. Aber 2015 waren es schon 9,5 Monate, 2016 sogar 15,9 Monate - obwohl die Zahl der Verfahren dort von 2011 bis 2016 deutlich von 654 auf 393 zurückging. Eichelbaum macht dafür die „verfehlte, kopflose Personalpolitik der Landesregierung und des linken Justizministeriums“ verantwortlich. „Durch ihre Konzeptlosigkeit gefährdet die Regierung die Gewährleistung einer effektiven Strafverfolgung“, sagte der Rechtsexperte der CDU-Landtagsfraktion. „Für ein funktionierendes Strafverfahren bedarf es neben den Richtern auch einer ausreichenden Anzahl an Staatsanwälten und Mitarbeitern des mittleren Dienstes.“ Doch an allen Stellen gebe es Personalnot. In den kommenden Jahren sei nicht nur mit erheblichen Altersabgängen zu

rechnen, sondern es fehle auch an Nachwuchs. „Jahrelang hat es die Regierung versäumt, für die Ausbildung zu werben und rechtzeitig Nachwuchs einzustellen, um einen fließenden Übergang und Wissenstransfer zu ermöglichen“, so Eichelbaum. Tatsächlich ist parallel zur Zunahme der Verfahrensdauer das Personal geschrumpft worden.

Bei der größten Staatsanwaltschaft des Landes in Potsdam etwa sank die Zahl der Staatsanwälte von 80 im Jahr 2011 auf 64 im Jahr 2016. Die kleinere Behörde in Neuruppin wurde leicht aufgestockt, Frankfurt (Oder) und Cottbus blieben nahezu gleich. Auch im mittleren Dienst, der an den Strafgerichten die Urteile ausfertigt und den Gerichtsbetrieb in Gang hält, ist die Zahl der Mitarbeiter gesunken. Im Jahr 2011 gab es noch 1067 Angestellte, 2016 nur noch 996. Uneinheitlich ist die Zahl der Verfahren an den Gerichten, grundsätzlich nehmen sie ab. Eine Ausnahme ist der Landgerichtsbezirk Cottbus mit den Amtsgerichten, wo es einen Verfahrensanstieg gab. Das Amtsgericht bekam dort im Jahr 2016 ganze 17 Verzögerungsrügen - ein Rekord. Bemerkenswert für das Landgericht Potsdam mit langen, aber weniger Verfahren: Dort war der Anteil der durch Deals eingestellten Verfahren im Vergleich zu den anderen Landgerichten am geringsten. In Frankfurt und Neuruppin gab es bei der Verfahrensdauer - bei hoher Deal-Rate - einen leichten Rückgang.

Quelle: Potsdamer Neueste Nachrichten, 17.03.2017

Justizwachtmeister erhalten Reizgas

Brandenburgs Landesregierung plant ein eigenes Gesetz, das regeln soll, welche Ausrüstung und Ausstattung den Beamten zu ihrem Schutz in Zukunft zur Verfügung stehen.

Potsdam. (iwe1) Brandenburgs Justizwachtmeister sollen künftig mit Reizgas gegen Gewalttäter vorgehen können. Das geht aus der Antwort des Potsdamer Justizministeriums auf eine „Kleine Anfrage“ des CDU-Rechtspolitikers Danny Eichelbaum hervor, die der RUNDSCHAU vorliegt. Bislang sind Justizwachtmeister in Brandenburg lediglich mit einem Schlagstock, dem „Einsatzstock“, ausgerüstet. Zudem verfügen sie über Hand- und Fußfesseln für Gefangene. Im Bereich der „Ordentlichen Gerichtsbarkeit“, also an Amts- und Landgerichten, haben die Wachtmeister zudem eine Schutzweste, für Wachtmeister an Sozialgerichten und Verwaltungsgerichten werden diese Westen gerade beschafft. Dort ist es in letzter Zeit immer wieder zu Problemen mit sogenannten Reichsbürgern gekommen.

Um auch den Einsatz von Reizgas zu ermöglichen, plant die Landesregierung dem Ministerium zufolge ein eigenes Justizwachtmeistergesetz, das regeln soll, welche Hilfsmittel den Beamten künftig zur Verfügung stehen. Wie aus der Antwort auf die Anfrage Eichelbaums hervorgeht, ist es in den letzten fünf Jahren insgesamt 19 Mal zu Angriffen auf Wachtmeister, Richter oder Prozessbeteiligte gekommen. Besonders unrühmlich ragt dabei das Amtsgericht in Perleberg aus der Statistik heraus: Dort gab es ganze acht Angriffe auf Wachtmeister oder Prozessbeteiligte. In Senftenberg wurden Justizwachtmeister bei Vorführungen drei Mal tätlich angegriffen, in Cottbus verzeichnet die Statistik einen Angriff auf eine Richterin und einen Angriff auf einen Prozessbeteiligten. „Was wir brauchen, sind vernünftige Einlasskontrollen an den Gerichten“, sagte die Landesvorsitzende der Deutschen Justiz-Gewerkschaft, Petra Schmidt, am Mittwoch auf Nachfrage der RUNDSCHAU.

In Bayern und Nordrhein-Westfalen sei das an den Gerichten mittlerweile flächendeckend umgesetzt. „Ich möchte hier an unseren Gerichten keine wirklich ernsthaften Attacken erleben.“ Die Situation der Justizwachtmeister allerdings steht auch so schon länger im Fokus der Gewerkschaften: Als die Mitarbeiter des Potsdamer Gerichtszentrums vor einigen Wochen im Rahmen einer „aktiven Mittagspause“ für bessere Bezahlung demonstrierten, forderten die Gewerkschaftsvertreter erneut eine Höherstufung dieser Berufsgruppe. „Wir müssen sehen, dass wir die Wachtmeister aus dem einfachen Dienst herausbekommen“, sagt Schmidt. Zudem überalterte der Berufsstand – Neueinstellungen seien dringend nötig. Auch der CDU-Rechtspolitiker Eichelbaum sprach sich gegenüber der RUNDSCHAU für eine bessere Ausrüstung und Ausstattung der Justizwachtmeister aus. „Wir müssen den Wachtmeistern eine bessere Schutzausrüstung zukommen lassen“, sagte Eichelbaum. Zudem müsse ihr Dienst auf eine gesicherte rechtliche Grundlage gestellt werden.

Quelle: Lausitzer Rundschau, 16.03.2017



08.03.2017 Im Einsatz für die Fregatte Brandenburg mit dem ehemaligen Ministerpräsidenten Manfred Stolpe bei der Wirtschaftsvereinigung Pro Brandenburg



02.03.2017 Gespräch der CDU-Verkehrspolitiker der Länder Berlin und Brandenburg

Geschlossener Vollzug doch nur abgespeckt - CDU kritisiert Umgang mit JVA Wulkow

Wulkow (RA) Die CDU im Landtag übt jetzt scharfe Kritik an den Plänen des Justizministeriums, im Wulkower Gefängnis den geschlossenen Vollzug aufgeben zu wollen. Das wiederum rudert teilweise schon zurück Die Pläne gab das Ministerium im Oktober 2016 bekannt. Den rechtspolitischen Sprecher der Oppositionspartei im Landtag, Danny Eichelbaum, beschleicht der Verdacht, Potsdam wolle die Justizvollzugsanstalt schließen. Sie bekomme die Probleme mit Hungerstreiks, Suizidversuchen sowie den jüngsten Schwierigkeiten eine langfristige Anstaltsleitung zu bekommen, offenbar nicht gelöst.

Brandenburgs Justizminister Stefan Ludwig (Linke) streiche im großen Maße Haftplätze und schließt einen Teil des Gefängnisses, weil immer weniger Strafgefangene in den Brandenburger Haftanstalten sitzen, so Eichelbaum „Wir haben ein Personalproblem im Brandenburger Strafvollzug“, so der Landtagsabgeordnete. Die Teilschließung der JVA Neuruppin- Wulkow sei „deshalb falsch und unnötig“ sagt er. „Die Belegungsstatistik kann sich jederzeit ändern und die Einzelzellen- Belegung ist längst gesetzlich vorgeschrieben. Mit seinen unabgestimmten Plänen im Strafvollzug verunsichert der Minister die Justizbeschäftigten im Land.“ Aktuell bewachen 18 Aufseher und Bedienstete rund 200 Insassen. Platz hat die Justizvollzugsanstalt für 295 Häftlinge in den Bereichen geschlossener Vollzug, offener Vollzug und Untersuchungshaft. Die CDU glaubt, nur mit mehr Personal könne ein Strafvollzug gewährleistet bleiben, der die erfolgreiche Resozialisierung der Häftlinge zum Ziel hat. „Dass der Strafvollzug in Brandenburg am Boden liegt, haben die linken Justizminister seit 2009 selbst zu verantworten.

Sie haben es versäumt, den Strafvollzug personell gut auszustatten“, so der CDU-Politiker weiter. Entgegen ihrer eigenen Ankündigung vom Oktober dementierte das Ministerium am Montag auf RA-Nachfrage die Pläne wieder, die Abteilung des geschlossenen Vollzugs vollständig zu schließen. „Neben der Untersuchungshaft soll weiterhin ein Bereich für zirka 30 Gefangene im geschlossenen Vollzug betrieben werden“, so Ministeriumssprecher Uwe Krink. Die freiwerdenden rund 80 Plätze würden lediglich stillgelegt und könnten bei Bedarf wieder genutzt werden. Die 18 Mitarbeiter würden in anderen Bereichen oder einige sogar in anderen Gefängnissen eingesetzt. Eine Schließungsabsicht dementierte der Sprecher. Dass die Haftanstalt in Wulkow im Ministerium als problematisch gilt, verneint er ebenfalls. Das im Jahr 2001 für rund 49 Millionen Euro erbaute Gefängnis gelte als „verhältnismäßig modern“ und befinde sich „baulich und auch sicherheitstechnisch in einem guten Zustand.“

Quelle: Ruppiner Anzeiger, 14.03.2017

14.02.2017 Übergabe von 129464
Unterschriften gegen die geplante
Kreisgebietsreform



Justizpanne: CDU fordert Aufarbeitung

Potsdam - Nach dem Mord eines schizophrenen Gewalttäters und Drogenkonsumenten an seiner Großmutter und zwei Polizisten in Brandenburg forderte der Rechtsexperte der CDU-Landtagsfraktion, Danny Eichelbaum, von der Justiz eine Aufarbeitung der Vorgänge. Die Morde hätten verhindert werden können, wenn der als gefährlich eingestufte Jan G. im November 2016 vom Landgericht Frankfurt (Oder) in eine geschlossene Psychiatrie geschickt worden wäre. Die Justiz müsse sich selbstkritisch hinterfragen, so Eichelbaum. Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) forderte, es müsse festgestellt werden, wer die Verantwortung dafür trägt, dass G. trotz Verstoßes gegen Bewährungsauflagen frei blieb.

Quelle: Potsdamer Neueste Nachrichten, 03.03.2017

Justiz in Personalnot

Potsdam (dpa) Brandenburgs Richter werden immer älter. Bereits jetzt liegt ihr Altersdurchschnitt an den ordentlichen Gerichten bei 52 Jahren. Nachwuchs wäre da - allein die Stellen fehlen, weil gespart werden muss.

Gerichte und Richterbund in Brandenburg blicken besorgt auf die Zukunft der Justiz. Es gibt aus ihrer Sicht zu wenige Stellen für den Richternachwuchs, während das Arbeitspensum der amtierenden Juristen immer höher wird. "Besonders Sachverhalte im Wirtschaftsrecht werden immer komplexer", erklärt die stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Richterbundes in Brandenburg, Ursula Fladée. Dadurch würden viele Kapazitäten beansprucht, was die Prozesse in die Länge ziehe.

Und die personellen Kapazitäten, vornehmlich die Richter, werden Fladée zufolge immer älter. Das Durchschnittsalter der an ordentlichen Gerichten tätigen Richter liege aktuell bei fast 52 Jahren. Das entspricht in etwa auch dem des Landgerichts in Potsdam. Dort werden Sprecherin Sabine Dießelhorst zufolge in den kommenden fünf Jahren fünf Vorsitzende Richter, darunter auch der Präsident und die Vizepräsidentin, regulär in den Ruhestand gehen. In den Jahren 2023 bis 2027 würden weitere elf Richter folgen.

Fladée blickt bereits besorgt auf eine anstehende Pensionierungswelle in den Jahren 2020 und 2023. Dann würden dem Land weitere erfahrene Juristen verlorengehen. Von den derzeit noch 520 an den Gerichten tätigen "Köpfen" liege der "Arbeitskraftanteil" ohnehin nur bei 448. "Das liegt an Krankheitsfällen und Teilzeitbeschäftigungen."

Zwar steht in den nächsten fünf Jahren keine altersbedingte Pensionierung am Verwaltungsgericht Cottbus an, allerdings reicht dort schon gegenwärtig das Personal nicht aus, um in angemessener Zeit Rechtsschutz zu gewähren, wie ein Sprecher bemerkt. "Das spiegelt sich in immer mehr Klageverfahren, darunter auch Asylverfahren, wider, die mehrere Jahre alt sind", sagt er. Gegenüber dem Stand Dezember 2011 sei die Zahl unerledigter Verfahren im Dezember 2016 um 188 Prozent gestiegen, im Januar 2017 seien es 4349 gewesen.

Das Problem ist Ursula Fladée zufolge nicht das Desinteresse junger Juristen am Richterberuf, sondern die auf Einsparungen des Landes zurückzuführende Stellenknappheit. "Man muss jetzt rechtzeitig in die juristische Zukunft Brandenburgs investieren", fordert Fladée.

Lücken, die durch Ausscheiden eines Richters entstehen, werden erfahrungsgemäß nicht sofort geschlossen, bestätigt auch der Sprecher am Verwaltungsgericht Cottbus. Ob frei werdende Stellen beim Landgericht Potsdam neu ausgeschrieben oder aufgrund haushaltsrechtlicher Vorgaben eingespart werden, obliegt der Entscheidung des Justizministeriums, wie Dießelhorst vom Landgericht Potsdam erklärt. Das Potsdamer Justizressort hält dagegen: "In Zukunft werden mehr Stellen durch zunehmende Altersabgänge frei", sagt Ministeriumssprecher Uwe Krink. Defizite seien nach derzeitigem Stand nicht zu erwarten. Nachzubesetzende Stellen hätten bislang ohne Probleme vergeben werden können. "Wegen der Attraktivität der Region Berlin-Brandenburg ist auch in Zukunft mit weniger Problemen in der Nachwuchsgewinnung zu rechnen als in anderen Ländern."

Allerdings spricht Krink auch von einer "Daueraufgabe", die Attraktivität der Rechtspflegeberufe zu stärken. "Damit wir langfristig hinreichend qualifiziertes Personal für den Justizdienst gewinnen zu können." Und dort tut sich laut Ursula Fladée das nächste Problem auf: Denn die Personalposition bei den Staatsanwälten und besonders den Sachbearbeitern im mittleren Dienst sehe auch nicht besser als die der Richter aus. "Gerade dort mahlen die Mühlen der Justiz."

"Statt einer Personalpolitik nach Kassenlage brauchen wir in Brandenburg Einstellungskorridore für Nachwuchsjuristen", sagte der rechtspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Danny Eichelbaum, am Sonntag. Zudem müsse etwas an der Besoldung getan werden. Brandenburg und Berlin seien hier Schlusslicht. "Dies führt dazu, dass gut ausgebildete Juristen in andere Bundesländer abwandern. Die Personalbedarfsplanung der Landesregierung ist längst Makulatur."

Quelle: Märkische Oderzeitung, 27.02.2017

Einbrecher im Berliner Umland - Warum Einbruchsoffer am Rechtsstaat zweifeln

Nach einem Wohnungseinbruch in Dahme-Spreewald verfügt ein Richter, dass die mutmaßlichen Täter aus der U-Haft entlassen werden. Er hält es nicht für verhältnismäßig, die Männer hinter Gittern zu lassen. Die tauchen, kaum in Freiheit, unter. Die Einbruchsoffer zweifeln am Rechtsstaat und schreiben an den Ministerpräsidenten.

Zeuthen. Der Stein liegt noch im Garten. Wie ein Mahnmal. Detlef Gradl-Schneider streckt den Finger aus. „Da, der mit der Schramme.“ Vor einem knappen Jahr diente der gut faustgroße Stein als Einbruchswerkzeug. Gradl-Schneider steigt die Böschung zu seinem Haus hinunter. „Hier durch das Kellerfenster sind sie rein, Stein in die Scheibe, muss alles wahnsinnig schnell gegangen sein.“ Gradl-Schneider hat die Nacht vom 4. zum 5. April 2016 in bleibender Erinnerung.

Der 60-Jährige ist Bauingenieur, er wohnt mit seiner Familie in Zeuthen (Dahme-Spreewald). Die Gemeinde am südlichen Berliner Stadtrand boomt. Zur Wende zählte sie knapp 8000 Einwohner, heute sind es über 11.000. In den Eigenheimsiedlungen gibt es kaum noch Baulücken. Lage und Struktur haben auch Zeuthen ins Visier von Einbrechern gerückt. Dichter Baumbestand zwischen schmalen Anliegerstraßen schafft den unliebsamen Gästen Deckung, die Autobahn ist nahe und die Großstadt als Rückzugsgebiet in Minuten zu erreichen.

Der Waldboden schluckt Schritte der Einbrecher

Gradl-Schneiders Haus liegt an einer abschüssigen Straße, die am Wald endet. Zwei große Tannen schirmen den soliden Bau aus den 1930er-Jahren ab. Holzzaun, Hecke, eine verschlossene Gartenpforte zur Haustür hin, weiter oben eine Einfahrt mit Tor – alles kein Hindernis für die beiden Männer, die sich an jenem Aprilabend nähern. Es sind – wie sich später herausstellen sollte – Vladimir B. und Bogdan B., 24 und 34 Jahre alt, aus Moldawien stammend. Der Waldboden schluckt ihre Schritte, nur an einer sandigen Stelle bleibt ein Schuhabdruck zurück, der noch in der Nacht entscheidende Hinweise liefert.

„Ich war zeitig ins Bett gegangen“, sagt Gradl-Schneider. Nach langen Arbeitstagen schläft er gelegentlich in einem kleinen Zimmer im Keller. „Da hab’ ich meine Ruhe.“ Ruhe findet er aber nicht an diesem Abend. Gegen 22.30 Uhr wird er durch Krach geweckt. Schlaftrunken verdächtigt Gradl-Schneider seine Frau, mit der Waschmaschine zu hantieren, da wird die Tür aufgerissen und der Strahl einer Taschenlampe blendet ihn. Vom Hausherrn angesprochen hält der Lampenträger inne und ergreift dann, ohne an Diebesgut zu gelangen, die Flucht. Wieder Lärm, Glas splittert.

Acht Wochen nach der Tat werden die Verdächtigen freigelassen

Gradl-Schneider hastet die Treppe hinauf zu Frau, Tochter und Sohn. „Wir hatten eine Heidenangst, haben uns verbarriadiert und die Polizei gerufen.“ Gleich zwei Streifenwagen mit vier Beamten stehen bereits zwölf Minuten später vorm Haus – Grund für das Aufgebot: Die Ordnungshüter sind wegen Serieneinbrüchen in der Gegend unterwegs. Wenig später die Meldung: Zwei Verdächtige wurden in der Nähe gestellt. Die Spurensicherung kann den Schuhabdruck einem von ihnen zuordnen. Später wird ein Labor feststellen, dass das Blut am zerbrochenen Kellerfenster von Vladimir B. stammt. Aber allein der Ermittlungsstand der Tatnacht reicht aus, um die Männer in Untersuchungshaft zu nehmen.

Das sieht auch Richter Matthias Deller so. Der Leiter des Amtsgerichts Königs Wusterhausen erlässt bereits am nächsten Tag, dem 5. April, gegen die mutmaßlichen Einbrecher Haftbefehl wegen versuchten Wohnungseinbruchsdiebstahls. „Das war gerechtfertigt. Beiden drohte eine erhebliche Strafe, und es bestand Fluchtgefahr“, sagt Deller heute. Acht Wochen nach der Tat, Ende Mai, wendet sich das Blatt. Die Verteidiger haben Haftprüfung beantragt. Der nun zuständige Amtsrichter Michael Uecker setzt die Haftbefehle außer Vollzug. Begründung: Vladimir B. und Bogdan B. haben in Deutschland keine Vorstrafen, sie sind legal im Land und besitzen Adressen in Berlin. Angesichts dessen sei mit einer Bewährungsstrafe zu rechnen. Die Moldawier werden gegen Meldeauflagen auf freien Fuß gesetzt.

Die maximale U-Haft-Dauer beträgt sechs, in Ausnahmefällen zwölf Monate

„Der Kollege hat korrekt gehandelt, denn im Zuge der Ermittlungen gab es nichts, was die Verdächtigen zusätzlich belastet hätte“, verteidigt Gerichtsdirektor Deller das Vorgehen von Uecker. Er räumt jedoch ein, dass auch eine gegenteilige Entscheidung möglich gewesen sei, das aber liege allein im Ermessen des Richters. „Klar ist, dass die Untersuchungshaft nicht die tatsächliche Strafe vorwegnehmen darf, auch wenn sich mancher das wünscht.“ Die maximale U-Haft-Dauer beträgt sechs, in Ausnahmefällen zwölf Monate. „Wir machen den Inhalt von Entscheidungen nicht davon abhängig, ob uns die Öffentlichkeit Beifall klatscht“, sagt Deller. In einem Rechtsstaat würden Ausländer nicht schlechter behandelt als Einheimische.

Die Fahnder der gemeinsamen Berlin-Brandenburger Ermittlungsgruppe, die seit zehn Jahren Einbrecher jagt, hat es zumeist mit gut organisierten ausländischen Banden zu tun. Ihre Mitglieder stammen überwiegend aus Ost- und Südeuropa. „Die Täter sind abgebrüht, kundschaften die Gegend vorher aus“, sagt Soko-Chef Thomas Latzo. Gestohlen wird, was sich leicht transportieren lässt: Mobiltelefone, Laptops, Schmuck und Geld. Die Soko hat seit ihrer Gründung 2005 mehr als 2700 Fälle bearbeitet.

Einbrecher nutzen Tarn-Adressen in Berlin, um unterzutauchen

Von Raubzügen besonders häufig betroffen sind laut märkischer Kriminalstatistik unter anderem Kleinmachnow, Teltow, Potsdam-Eiche, Werder (Havel), Falkensee, Bernau und Königs Wusterhausen. Als einer der größten Erfolge der Soko in jüngster Zeit gilt der Schlag gegen zwei albanische Banden, denen mehr als 180 Einbrüche im Berliner Umland zugeordnet werden konnten. Wechselnde Tarn-Adressen in Berlin dienen als zeitweiliger Unterschlupf und Zwischenlager für die Beute, so die Ermittler.

Detlef Gradl-Schneider bestellt Glaser, Schlosser und Elektriker. Er lässt für 5500 Euro stärkere Scheiben einsetzen, Fenstergitter und Bewegungsmelder anbringen. Aber die Angst der Familie hält an. „Noch heute lassen uns Geräusche zusammensucken.“ Für den 21. Oktober 2016 ist die Hauptverhandlung gegen Vladimir B. und Bogdan B. vor dem Amtsgericht Königs Wusterhausen angesetzt. Am selben Tag trifft es in Zeuthen erneut ein Einfamilienhaus: Wertgegenstände verschwinden, Zimmer werden verwüstet – Schaden: 6000 Euro.

Prozess platzt, weil Angeklagte nicht erscheinen

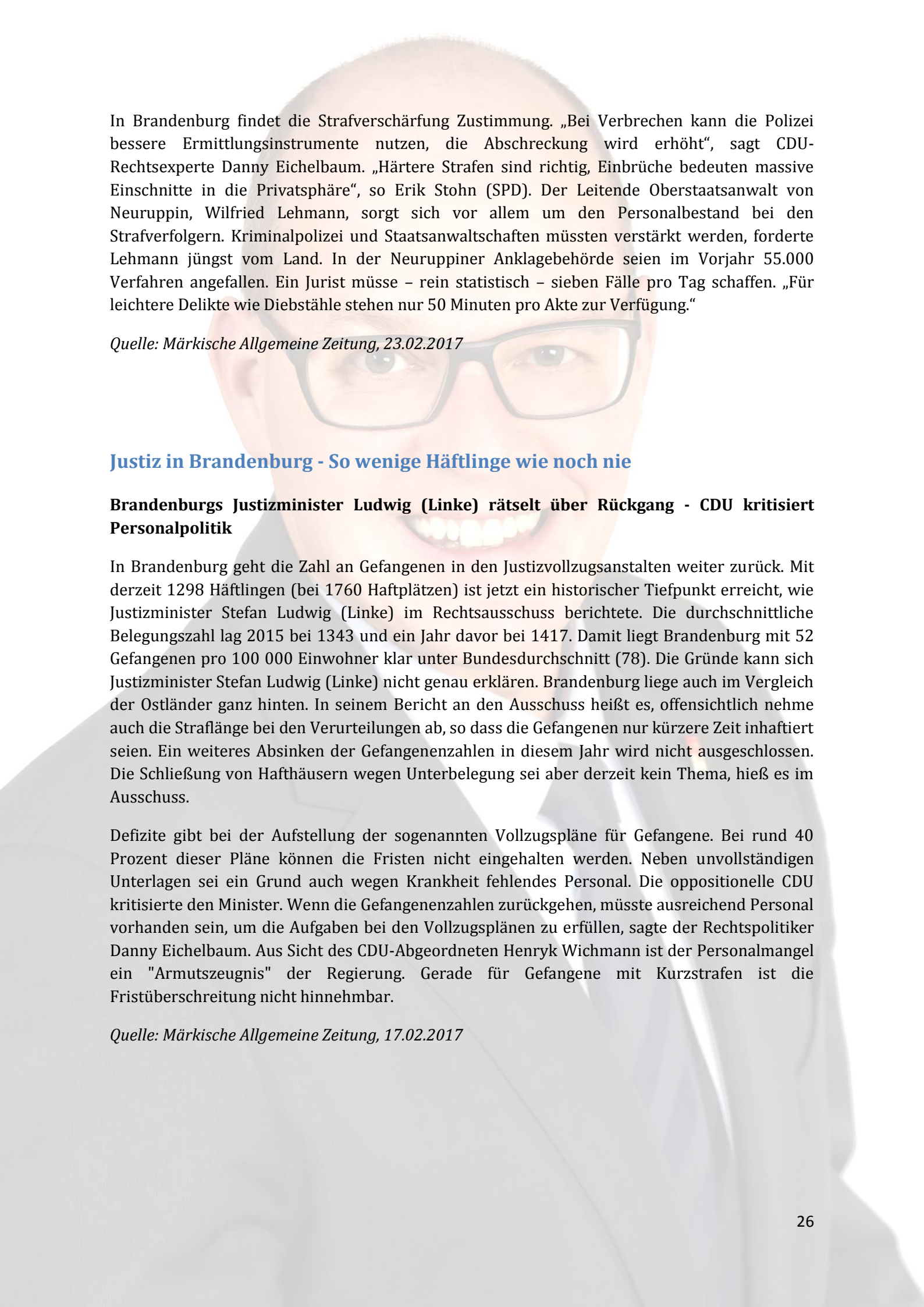
Zeuge Gradl-Schneider erlebt im Gericht eine Überraschung, die ihn sprachlos macht. Das Verfahren könne nicht stattfinden, weil die Angeklagten nicht wie zugesichert erschienen seien, teilt Richter Uecker mit. Gradl-Schneider erfährt auch, dass die Männer bereits seit knapp fünf Monaten nicht mehr hinter Gittern seien, weil eine weitere Untersuchungshaft nicht zu vertreten gewesen sei. Die Haftbefehle seien nun aber wieder in Kraft und die Fahndung eingeleitet.

Gradl-Schneider versteht die Welt nicht mehr. „Da hat man die Täter und lässt sie wieder laufen. Die Ohnmacht der Justiz stärkt Parteien am rechten Rand.“ Der Ingenieur muss sich Luft machen und schreibt einen offenen Brief an Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD). In ihrer Antwort versicherte die Staatskanzlei, dass man das Problem zur Kenntnis nehme. Eingriffe der Exekutive in die Unabhängigkeit der Justiz kämen aber aus verfassungsrechtlichen Erwägungen prinzipiell nicht in Betracht.

Die Fahndung nach den Moldawiern hat im November einen ersten Erfolg. Bogdan B. wird gefasst und noch vor Weihnachten in seine Heimat abgeschoben. Die Suche nach Vladimir B. hält weiter an.

Ein Jurist muss, rein statistisch, sieben Fälle pro Tag schaffen

Die Bundesregierung will Einbrecher härter bestrafen und den Paragraf 244 im Strafgesetzbuch ändern. Laut Gesetzentwurf von Justizminister Heiko Maas (SPD) soll die Mindeststrafe auf sechs Monate erhöht und der minder schwere Fall des Wohnungseinbruchs abgeschafft werden. CDU und CSU geht das nicht weit genug. Sie wollen eine Untergrenze von einem Jahr, damit würde Wohnungseinbruch zum Verbrechen. Zudem soll die Telefonüberwachung auf potenzielle Einbrecherbanden ausgeweitet werden. Einigkeit gibt es noch nicht.



In Brandenburg findet die Strafverschärfung Zustimmung. „Bei Verbrechen kann die Polizei bessere Ermittlungsinstrumente nutzen, die Abschreckung wird erhöht“, sagt CDU-Rechtsexperte Danny Eichelbaum. „Härtere Strafen sind richtig, Einbrüche bedeuten massive Einschnitte in die Privatsphäre“, so Erik Stohn (SPD). Der Leitende Oberstaatsanwalt von Neuruppin, Wilfried Lehmann, sorgt sich vor allem um den Personalbestand bei den Strafverfolgern. Kriminalpolizei und Staatsanwaltschaften müssten verstärkt werden, forderte Lehmann jüngst vom Land. In der Neuruppiner Anklagebehörde seien im Vorjahr 55.000 Verfahren angefallen. Ein Jurist müsse – rein statistisch – sieben Fälle pro Tag schaffen. „Für leichtere Delikte wie Diebstähle stehen nur 50 Minuten pro Akte zur Verfügung.“

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 23.02.2017

Justiz in Brandenburg - So wenige Häftlinge wie noch nie

Brandenburgs Justizminister Ludwig (Linke) rätselt über Rückgang - CDU kritisiert Personalpolitik

In Brandenburg geht die Zahl an Gefangenen in den Justizvollzugsanstalten weiter zurück. Mit derzeit 1298 Häftlingen (bei 1760 Haftplätzen) ist jetzt ein historischer Tiefpunkt erreicht, wie Justizminister Stefan Ludwig (Linke) im Rechtsausschuss berichtete. Die durchschnittliche Belegungszahl lag 2015 bei 1343 und ein Jahr davor bei 1417. Damit liegt Brandenburg mit 52 Gefangenen pro 100 000 Einwohner klar unter Bundesdurchschnitt (78). Die Gründe kann sich Justizminister Stefan Ludwig (Linke) nicht genau erklären. Brandenburg liege auch im Vergleich der Ostländer ganz hinten. In seinem Bericht an den Ausschuss heißt es, offensichtlich nehme auch die Straflänge bei den Verurteilungen ab, so dass die Gefangenen nur kürzere Zeit inhaftiert seien. Ein weiteres Absinken der Gefangenenzahlen in diesem Jahr wird nicht ausgeschlossen. Die Schließung von Hafthäusern wegen Unterbelegung sei aber derzeit kein Thema, hieß es im Ausschuss.

Defizite gibt bei der Aufstellung der sogenannten Vollzugspläne für Gefangene. Bei rund 40 Prozent dieser Pläne können die Fristen nicht eingehalten werden. Neben unvollständigen Unterlagen sei ein Grund auch wegen Krankheit fehlendes Personal. Die oppositionelle CDU kritisierte den Minister. Wenn die Gefangenenzahlen zurückgehen, müsste ausreichend Personal vorhanden sein, um die Aufgaben bei den Vollzugsplänen zu erfüllen, sagte der Rechtspolitiker Danny Eichelbaum. Aus Sicht des CDU-Abgeordneten Henryk Wichmann ist der Personalmangel ein "Armutszeugnis" der Regierung. Gerade für Gefangene mit Kurzstrafen ist die Fristüberschreitung nicht hinnehmbar.

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 17.02.2017

Richter gehen auf die Straße

In Potsdam demonstrieren Justizbeschäftigte für mehr Geld und bessere Arbeitsverhältnisse.

Potsdam „Ohne Nachwuchs stirbt die Justiz“ und „Gegen Stellenabbau und Personalkürzungen“ stand auf den Transparenten. Vor dem Potsdamer Justizzentrum am Jägertor, wo das Landgericht, das Landesverfassungsgericht und diverse andere Gerichte ihren Sitz haben, hatten sich kurz nach zwölf Uhr gut 100 Menschen versammelt. Es waren Richter, Justizfachangestellte und Wachtmeister. Gemeinsam verbrachten sie eine „aktive Mittagspause“ – weil Beamte offiziell nicht streiken dürfen, sind die Möglichkeiten der Justizbeschäftigten eingeschränkt: Sie können nur in ihrer 30 Minuten dauern den Pause zum Demonstrieren auf die Straße gehen. „Wir fordern eine Wertschätzung unserer Arbeit“, sagte Petra Schmidt, Landeschefin der Justizgewerkschaft.



„Der Stellenabbau in der Justiz hat unsere Mitglieder an die Grenzen ihrer persönlichen Belastbarkeit gebracht.“ Gefordert wird von den Justizbeschäftigten unter anderem die Übernahme aller Auszubildenden und eine sechsprozentige Gehaltserhöhung für Tarifbeschäftigte und Beamte. Auch eine bessere Besoldung der Wachtmeister und die Einstellung neuer Gerichtsvollzieher gehören zu den Forderungen, die auf der Demonstration genannt wurden. „Vor zwei Jahren sind wir zuletzt auf die Straße gegangen“, sagte Claudia Odenbreit, Vorsitzende des Brandenburger Richterbunds. Damals wollte die Politik auf die Richter und Justizbeschäftigten zugehen – denn dass Richter und Staatsanwälte überhaupt eine Demonstration durchführen, war in Brandenburg bis dahin etwas völlig Unerhörtes. „Aber



passiert ist wenig“, sagte Odenbreit. Es habe keine nennenswerten Neueinstellungen gegeben. „Beim Haushalt sind wir leer ausgegangen.“ Dass die Verwaltungsgerichte aufgestockt wurden, sei eine notwendige Folge der Flüchtlingskrise gewesen – habe aber nichts mit der Situation in der Justiz im Allgemeinen zu tun. Auch der Präsident des Landgerichts Potsdam, Dirk Ehlert, hatte sich unter die Demonstranten gemischt. „Diese Anliegen verdienen Unterstützung“, sagte er der RUNDSCHAU.

„Die Situation an den Gerichten ist in der Tat besorgniserregend.“ Auch Vertreter der Landtagsfraktionen waren zur „aktiven Mittagspause“ vor das Gerichtsgebäude gekommen.

Dass die Justizwachtmeister noch immer in der Tarifstufe A4 eingestuft würden, und damit die am schlechtesten bezahlten Beamten im ganzen Land seien, „treibt mich auf die Palme“, sagte der Vorsitzende der Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, Axel Vogel. Und Danny Eichelbaum von der CDU erinnerte daran, dass vor zehn Jahren solch eine Demonstration noch überhaupt nicht denkbar gewesen wäre. „Wir haben jetzt den schlechtesten Justizminister in der Geschichte des Landes“, sagte Eichelbaum. Die 136 Millionen Euro, die das Land in der vergangenen Woche als Mehreinnahmen vermelden konnte, sollten endlich auch bei den Beschäftigten ankommen. „Wir brauchen endlich einen Masterplan 2025, um die Justiz wieder handlungsfähig aufzustellen.“ Der SPD-Landtagsabgeordnete Erik Stohn, der zur Demonstration gekommen war, um den Demonstranten seine „Wertschätzung“ zu übermitteln, hatte da einen schweren Stand. Denn auch er musste einräumen, dass in den Haushaltsverhandlungen manches nicht so funktioniert hat, wie es sich die Rechtspolitiker wünschen würden.

Kommentar Linkes Problem: *Dass Bauern, Förster oder Pädagogen vor dem Landtag stehen, ist in Potsdam ein gewohntes Bild. Anders ist das in der Justiz. Hier sind Demonstrationen keineswegs alltäglich. Dass die Richter und Staatsanwälte, Wachtmeister und Justizangestellten gestern in ihrer Mittagspause aktiv waren, zeigt deswegen vor allem, wie ernst die Lage an den notorisch überlasteten Gerichten des Landes ist – bei den Richtern, aber vor allem auch im Mittelbau. Doch die Protestaktion zeigt auch, dass dem gar nicht mehr so neuen Justizminister Stefan Ludwig (Linke) bislang noch kein Durchbruch gelungen ist. Eigentlich sollte er das durchaus als „zerrüttet“ beschreibbare Verhältnis zwischen Ministerium und Beschäftigten wieder auf Vordermann bringen. Geschehen ist da scheinbar nicht viel. Im Gegenteil: Es überrascht zunehmend, wie schwer es der Linken fällt, dieses so wichtige Ressort am Laufen zu halten. Dass sich kein einziger Landtagsabgeordneter der Linken gestern bei der Demonstration blicken ließ, spricht eben auch für sich.*

Quelle: Lausitzer Rundschau, 10.02.2017

Zweieinhalb Jahre Haft für sexuellen Missbrauch

Gericht verhängt Urteil gegen Kita-Erzieher / Betroffene Eltern widersprechen kirchlichem Träger / Nachspiel im Landtag

Von Joachim Eggert Erkner (MOZ) Zweieinhalb Jahre Haft, außerdem fünf Jahre Berufsverbot - so lautet das Urteil, das das Landgericht Frankfurt am Mittwochabend gegen den 29-jährigen David K. verhängt hat. Der ehemalige Erzieher hatte in der weitgehend nicht öffentlichen Verhandlung gestanden, Kinder über Jahre im Schlaf missbraucht zu haben. Nach Auskunft des Gerichts hat der ehemalige Erzieher in seinem Schlusswort sein Bedauern über seine Taten ausgedrückt. Das Urteil ist nicht rechtskräftig, eine Revision kann binnen einer Woche eingelegt werden.

Der Verteidiger hatte beantragt, den Täter nur mit einer Bewährungsstrafe von zwei Jahren zu bestrafen, die Staatsanwältin hatte dagegen eine dreieinhalbjährige Freiheitsstrafe verlangt. Auch für die Eltern der betroffenen Kinder ist die Aufarbeitung des Geschehens damit längst nicht abgeschlossen. Ihre Kritik richtet sich gegen die Evangelische Kirchengemeinde in Erkner, den Träger der Einrichtung, in der die meisten Taten geschahen. Auch die Pressemitteilung, die die Kirche am Mittwoch herausgegeben hatte, ruft scharfen Widerspruch hervor.

Es geht dabei vor allem um die Frage, welche Eltern genau die Kirche über das Geschehen informiert hat - die Taten geschahen zum größten Teil, während die Kinder schliefen. Die Kirche hatte mitgeteilt, sie habe vom Anwalt des Täters nur die Namen der Kinder erfahren, die noch in der Kita waren. Weitere Namen nannte der Anwalt nicht - also nicht diejenigen der Kinder, die die Einrichtung zwischenzeitlich verlassen hatten. In einer Zeugenvernehmung bei der Polizei, die dieser Zeitung vorliegt, sagte die Leiterin der Kita aus, man habe die "Namen der Kinder" bekommen. Sie berichtet zudem vom Anruf einer Mutter, der sie nicht gesagt habe, dass ihr Kind betroffen ist. Pfarrer Carsten Schwarz hielt am Donnerstag ausdrücklich an der in der Pressemitteilung formulierten Darstellung fest. Die Vorgänge werden noch ein landespolitisches Nachspiel haben. Der CDU Abgeordnete Danny Eichelbaum hat vorige Woche eine kleine Anfrage an die Landesregierung gestellt, in der er die Informationspolitik der Kirche und die Arbeit der Ermittlungsbehörden hinterfragt. Auch im Rechtsausschuss soll das Thema behandelt werden.

Quelle Märkische Oderzeitung, 20.01.2017

Nichts für Selfies

Das alte Polizeimotorrad ist wieder im Museum. Die Funkgeräte sind wieder im Archiv. Die Bildtafeln, die den Besuchern des Potsdamer Landtags die Geschichte der Brandenburger Polizei in den vergangenen 25 Jahren nahebrachten, sind abgebaut.

Die Ausstellung im Foyer des Landtags ist beendet – vorbei sind die Tage, in denen man aus dem Augenwinkel heraus beobachten konnte, wie Landtagsabgeordnete mit dem Fotohandy schnell mal ein Selfie von sich und dem Motorrad machten. Nun geht es im Foyer des Potsdamer Polit-Schlusses um weit weniger spektakuläre Ausstellungsgegenstände: Auf kleinen Staffeleien informieren Bildtafeln die Brandenburger über Wettbewerbsbeiträge des Brandenburgischen Baukulturpreises 2015. "Dörfer und Städte machen Geschichte lesbar", sagte der Vorsitzende des Infrastrukturausschusses im Landtag, Danny Eichelbaum (CDU) bei der Eröffnung. "Mitgeschrieben wird diese von unzähligen Menschen: von Bauherren, Architekten, Bauunternehmern, Bürgermeistern, Gemeinderäten und Bürgerinnen und Bürgern." Zum Beispiel auch vom Cottbuser Architekturbüro Berger und Fiedler, das für sein "Himmlisches Theater" in Neuzelle im Wettbewerb der Architektenkammer und der Ingenieurkammer ausgezeichnet worden war.



Und auch auf den Fluren des Parlamentsgebäudes wird es in der kommenden Woche Neues zu sehen geben. Denn auch das Cottbuser Dieselkraftwerk hat seine im Landtag ausgestellten Drucke mittlerweile wieder zurückerhalten.

Am Dienstag wird Parlamentspräsidentin Britta Stark (SPD) eine Ausstellung mit Werken aus dem "Potsdam Museum" einweihen – Grafikserien aus den Jahren 1970 bis 2000 werden dann im Parlament zu sehen sein. Was vielleicht auch den einen oder anderen Besucher des dann neu eröffneten Museums im Palais Barberini in den Landtag locken wird. Nur für die Selfies der Abgeordneten dürften die Drucke völlig ungeeignet sein.

Quelle: Lausitzer Rundschau, 14.01.2017

Ludwigs Vorsitz der Justizministerkonferenz endet - Danny Eichelbaum: Leerjahr statt Lehrjahr für Minister Ludwig

Am Mittwoch übergab Justizminister Stefan Ludwig (Die Linke) in Mainz den Vorsitz der Justizministerkonferenz an seinen Amtskollegen aus Rheinland-Pfalz. In einem Rückblick behauptete Ludwig dabei, landesübergreifend wichtige Debatten während seiner Zeit als Vorsitzender angestoßen zu haben. Dem widersprach der justizpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Danny Eichelbaum.

Die Justizministerkonferenz gleich im ersten Jahr im Amt zu leiten, sei eine Herausforderung gewesen, der Minister Ludwig nicht gewachsen war, so der CDU-Politiker. „Was ein Lehrjahr für den Minister hätte sein können, ist zu einem Leerjahr geworden. Ludwig hat in der Justizministerkonferenz nichts erreicht und hat stattdessen stets die falschen Schwerpunkte gesetzt. Anstatt Antworten zu den Herausforderungen des Rechtsstaats, wie die gestiegene Terrorgefahr zu liefern, zettelte Ludwig Diskussionen über die Abschaffung der Ersatzfreiheitsstrafe und einen Mindestlohn für Häftlinge an. Von seinen Kollegen wurde Ludwig dabei regelrecht abgewatscht.“

Laut Eichelbaum sei die Justizministerkonferenz unter dem Vorsitz Brandenburgs auch bei der Bekämpfung der Hasskriminalität ein zahnloser Tiger gewesen. „Die Daumenschrauben des Rechtsstaates müssen deutlich angezogen werden. Den sozialen Netzwerken muss die Pflicht zur Löschung von Hasskommentaren auferlegt werden, die bei Missachtung von empfindlichen Bußgeldern begleitet wird. Ich erwarte, dass die Justizministerkonferenz unter dem neuen Vorsitz bei diesem und anderen Themen wieder deutlich schlagkräftiger wird.“

Quelle: Pressemitteilung, 11.01.2017



23.01.2017 Brandenburgabend auf der Grünen Woche in Berlin

18.01.2017 Neujahrsempfang der Landesregierung in Potsdam



PlusBusse erobern den Fläming - Offizielle Einweihung der PlusBus-Linie Hoher Fläming

Treuenbrietzen. Die Verkehrsgesellschaft Belzig mbH (VGB) und der Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg (VBB) haben das Brandenburger PlusBus-Netz um den PlusBus Hoher Fläming erweitert und gehen damit in die Service-Offensive.

Mit der Einweihungsfahrt am Mittwoch ging die mittlerweile landesweit sechste Linie im PlusBus-Netz offiziell an den Start. Damit fahren die Busse der VGB nun zwischen Treuenbrietzen, Niemeßk und Bad Belzig im Stundentakt. Zudem bietet der PlusBus in der Kreisstadt, wie auch der Sabinchenstadt Anschluss an den Regionalverkehr der Bahn.



In Bad Belzig zur Regionalexpress-Linie RE7 von und nach Berlin und in Treuenbrietzen zur Regionalbahn-Linie RB33, von und nach Berlin, sowie nach Jüterbog. Insbesondere für den Bahnhof und die Stadt Treuenbrietzen bedeutet dies einen enormen verkehrlichen Zugewinn, werden dort doch nicht nur die Ortslagen miteinander verknüpft, sondern unter anderem ganz neue Möglichkeiten für Mitarbeiter und Gäste von Johanniter-Krankenhaus oder der Kohl AG, als die beiden größten Arbeitgeber der Stadt, geschaffen. Die neue PlusBus-Linie fährt wochentags (6-18 Uhr) im Stundentakt (Bad Belzig, Dahnsdorf, Niemeßk, Rietz, Treuenbrietzen und zurück) und bietet selbst an den Wochenenden die Chance, die Kreisstadt in gerade einmal 42 Minuten zu erreichen (sonnabends vier Mal täglich und sonntags drei Mal täglich).

Neben dem Landkreis Ostprignitz-Ruppin, kommt Potsdam-Mittelmark durch das neue PlusBus-Angebot somit nun auch die landesweite Vorreiterrolle in puncto infrastruktureller Vorteile, Bürger- und Pendlerservice zu. Nicht zuletzt sei dies ein Indiz dafür, dass innerhalb der brandenburgischen Mobilitätsstrategie 2030 ein besonderer Schwerpunkt bei den Verkehrsanbindungen im ländlichen Raum liegt.

Staatssekretärin Ines Jesse dazu: „Bahn und Bus miteinander zu verbinden, eine regelmäßige Taktung der Linien zu gewährleisten und so die Mobilität der Menschen in der Region zu verbessern, ist das Ziel“, so die Landespolitikerin, die sich wünscht, dass sich noch mehr Landkreise oder kreisfreie Städte am PlusBus-Netz beteiligen. Beim verkehrspolitischen Sprecher der CDU-Landesfraktion, Danny Eichelbaum, stößt sie damit offene Türen ein. „Wenn wir es schaffen, in diesem Vorhaben die Verkehrsgesellschaft Mittelmarks mit unserer in Teltow-Fläming zusammenzubringen, kann sich der Kreis schließen. Das Land ist da natürlich in der Pflicht, dies auch finanziell zu unterstützen, andernfalls läuft man Gefahr, dass sich solche Verbesserungen bei den Verkehrsanbindungen nur die finanziell starken Landkreise leisten können“, so Danny Eichelbaum.

Auch Niemeßks Amtsdirektor Thomas Hemmerling sieht die neuen PlusBusse als eine enorme Verbesserung für die Gemeinden. Er betonte, dass sich die Region Niemeßk sukzessive zum Metropolraum entwickelt habe und einstige Demografie-Szenarien längst von der Wirklichkeit überholt wurden. „Die Leute interessieren sich für unseren Lebensraum, auch angesichts der immens gestiegenen Preise in Städten wie Berlin oder Potsdam.“ Alle Informationen zum neuen PlusBus Hoher Fläming finden Sie unter www.plusbus-hoherflaeming.de.

Quelle: Blickpunkt, 06.01.2017

Ausgewählte Termine im Monat April 2017

- 03.04.2017 18-19 Uhr Bürgersprechstunde
- 04.04.2017 10 Uhr Sitzung des CDU-Arbeitskreises Innen-und Rechtspolitik
11 Uhr Sitzung der CDU-Landtagsfraktion
- 05.04.2017 Plenum des Landtages (ganztägig)
- 06.04.2017 Plenum des Landtages (ganztägig)
- 07.04.2017 Plenum des Landtages (ganztägig)
18 Uhr Sitzung des CDU-Landesvorstandes in Potsdam
- 10.04.2017 18 Uhr Veranstaltung des Landesarbeitskreises Christlich Demokratischer Juristen zum Thema: Terrorismusbekämpfung
- 11.04.2017 10 Uhr Sitzung des CDU-Arbeitskreises Innen-und Rechtspolitik
11 Uhr Sitzung der CDU-Landtagsfraktion
- 19.04.2017 17 Uhr Mitgliederversammlung des Ringerverbandes Brandenburg
- 20.04.2017 10 Uhr Besichtigung der Verkehrsgesellschaft Belzig
18 Uhr Sitzung der CDU-Kreistagsfraktion in Luckenwalde
- 24.04.2017- Delegationsreise des Rechtsausschusses des Landtages Brandenburg in die
27.04.2017 Republik Polen
- 28.04.2017 Deutsche Meisterschaften im griechisch-römischen Ringkampf in Plauen
- 29.04.2017 13 Uhr Brandenburg Cup der Kadetten im Freistilringen in Luckenwalde